Sonderburg-Augustenburg sich am 27. Februar 1881 zu Berlin mit dem Prinzen Wilhelm von Preußen, dem ältesten Enkelsohne des Siegers von Sedan, vermählte, schien ihr die Welt in lauter Glück und Licht zu stehen. Nach einer wenig freudenreichen Mädchenzeit, die in schlichter Häuslichkeit bei strenger, fast klösterlicher Erziehung verbracht worden war, hielt die 23jährige holsteinische Prinzessin ihren Einzug in des Deutschen Reiches Hauptstadt als Gattin eines Fürstensohnes, dem dereinst Krone und Herrscherstab zu eigen werden sollten. Das häusliche Glück des jungen Prinzenpaares schien grenzenlos zu sein, und abergläubische Gemüter mochten vielleicht damals schon ahnungsvoll und bangend an den „Neid der Götter", der eines Tages das Kaiserhaus in seinen Grundfesten erschüttern könnte, gedacht haben. Sieben Kinder, sechs Söhne und eine Tochter, schenkte Auguste Viktoria ihrem Gatten, der durch das frühe Ende seines Vaters, des Kaisers Friedrich III., früher, als nach menschlichem Ermessen erwartet werden konnte, auf den Thron berufen worden war.

Der Kritik seiner Mitmenschen kann sich kein Irdischer, und mag er auch noch so hoch stehen, entziehen, und so konnte es nicht wundernehmen, daß auch die öffentliche Tätigkeit der Kaiserin hier und da bekrittelt und vielleicht gar bespöttelt wurde. Aber über die Gattin, über die Mutter herrschte nur eine Meinung: man schätzte sie als ein Muster vieler Frauentugenden, wußte, daß sie in treuester Pflichterfüllung ihrem Gatten zur Seite stand, zollte ihr Anerkennung dafür, daß sie sich die Pflege und den Schutz wohltätiger Anstalten zur besonderen Aufgabe machte, und zeigte auch Verständnis für ihre Religiosität, die sie veranlaßte, sich ganz besonders der Kirche anzunehmen. Man schrieb ihr wiederholt großen Einfluß auf die Entschlüsse des Kaisers zu, aber es ist nie ein schlüssiger Beweis dafür erbracht worden, daß sie auch auf Staatsangelegenheiten Einfluß zu gewinnen und sich in politische Dinge einzumischen suchte.

Wie Auguste Viktoria sich während des Weltkrieges, der zu Deutschlands Katastrophe wurde, gezeigt hat, ist noch zu frisch in aller Erinnerung, als daß wir ausführlich darauf hinzuweisen brauchten. Man weiß von ihren vielen Besuchen in Lazaretten, in Volksküchen, in Frauenheimen, weiß von Spenden, die aus ihrer mildtätigen Hand kamen, und weiß auch, daß sie bangen Herzens des Krieges Verlauf verfolgte, weil sie das unselige Ende voraussah. Und dann kam der große Umsturz, der Zusammenbruch des Kaiserreiches, die Flucht zu fremder Erde, der plötzliche Tod eines besonders geliebten Sohnes. Auf den Gesundheitszustand der seit langem schwer herzkranken Frau mußte das alles schädigend und erschütternd wirken, und so ist sie denn langsam hingestecht, in schwerer Sorge um Mann und Kinder, die immer noch neuen heftigen Angriffen ausgesetzt sind — nach stiller, freudloser Jugend ein stilles, trauriges Sterben in wahrer Herzensnot! S.

# Politische Rundschau.

## Deutsches Reich.

**Um Oberschlesiens Schicksal.**

General Le Rond, der Präsident der Interalliierten Kommission in Oberschlesien, ist in Paris eingetroffen. Le Rond wird seinen Bericht über die Grenzführung Oberschlesiens den alliierten Regierungen nicht vor dem 15. April zustellen können. Der Bericht wird danach der Botschafterkonferenz übergeben, die ihn dem Obersten Rat zur endgültigen Entscheidung überreichen wird. In politischen Pariser Kreisen glaubt man, daß die Entscheidung nicht vor Ende Mai fallen wird. Frankreich ist fest entschlossen, sich dem deutschen Vorschlag zu widersetzen, die Entschädigungsfrage mit der oberschlesischen Frage in Verbindung zu bringen.

**Ein Franzose, der sich schämt.**

Ein französischer Armeegeistlicher, der von einer Reise durch das besetzte Gebiet zurückgekehrt ist, wo er sich über die Erfüllung der religiösen Pflichten seitens der französischen Soldaten erkundigen wollte, berichtet über seine Beobachtungen in einer Konferenz der katholischen Diözesangeistlichen folgendes: „Es ist unsere dringendste Pflicht, sofort Schritte beim Kriegsministerium und bei den Ministerien zu tun, damit die Moral unter den französischen Besatzungstruppen in religiöser Beziehung gebessert wird. Der Prozentsatz der die Kirche besuchenden Soldaten ist niemals so gering gewesen als dort im besetzten Gebiet. In sittlicher Beziehung haben sich dort Zustände breit gemacht, daß ich mich meiner Nation geschämt habe. Ich habe auch die amerikanische und englische Zone besucht, aber dort derartige Zustände nicht gefunden. Es ist leicht begreiflich, wenn sich die gesittete Welt gegen uns wendet, da diese Verhältnisse nicht verborgen bleiben können."

**Die Kriegsbeschädigten und der Wiederaufbau.**

Der Landesverbandstag des Reichsbundes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener nahm u. a. eine Entschließung an, in der eine Mitarbeit der Kriegsbeschädigten am Wiederaufbau Deutschlands als unbedingt notwendig bezeichnet wurde. Die organisierten Kriegsbeschädigten bekennen sich freudig zum Deutschtum und lehnen jede Gemeinschaft mit internationalen Verbindungen einseitig parteipolitischer Natur ab. Der Verschmelzung aller Organisationen wurde ebenfalls das Wort geredet mit Ausnahme des Zentralverbandes der Kriegsbeschädigten, weil er parteipolitisch nicht neutral sei.

**Weitere Sanktionen in Sicht!**

Wie der „Petit Parisien" mitteilt, findet eine Beratung zwischen Doumer, Loucheur und dem Vorsitzenden des Reparationsausschusses, Dubois, statt, um das Datum festzusetzen, an dem Deutschland der Gesamtbetrag seiner Schuld mitgeteilt werden soll, was die Pensionen und Schäden anbetrifft. Auch werde die Kommission den Restbetrag mitteilen, den Deutschland am 1. Mai 1921 von dem Betrage von 20 Milliarden Goldmark zu entrichten habe. „Petit Parisien" teilt ferner mit, Sachverständige der verschiedenen Finanzabteilungen wüßten, welche eventuellen wirtschaftlichen Sanktionen in den neu beschlagnahmten Gebieten nach dem 1. Mai in Kraft treten könnten. Man denke an die Erhebung einer Steuer auf die Kohlenproduktion im Ruhrgebiet. Obschon eine Steuer dieser Art nicht fähig sei, die Annuitäten zu ersetzen, die Deutschland schulde, könne sie doch bei einer Produktion von 90 Millionen Tonnen beachtenswerte Ergebnisse zeitigen.

**Stegerwalds Mission.**

In preußischen Regierungskreisen verlautet, daß die Aussichten des Ministerpräsidenten Stegerwald, eine Mehrheitskoalition zustande zu bringen, sehr gering sind. Die von sozialdemokratischer Seite stammende Anregung, ein Kabinett zu bilden, das teils aus Politikern, teils aus Fachministern besteht, wobei die politischen Minister der alten Koalitionsparteien, die Fachminister der Deutschen Volkspartei entnommen werden sollen, findet bei der Deutschen Volkspartei wenig Gegenliebe. Scheitert aber die große Koalition, dann wird Ministerpräsident Stegerwald nicht auf die alte Koalition zurückgreifen, sondern ein reines Geschäftsministerium zu bilden versuchen. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß Stegerwald schon jetzt sich mit der Zusammensetzung eines solchen Geschäftsministeriums befaßt und mehrfach Anfragen an hohe Verwaltungsbeamte hat richten lassen, die er in das Kabinett aufnehmen will.

## Frankreich.

× **Die Verluste in Syrien.** Im französischen Senat gab der Kriegsminister Einzelheiten über die französischen Verluste im nahen Orient. Insgesamt wurden von Frankreich nach Syrien seit Januar 1919 150 000 Mann transportiert. Davon sind 75 000 Mann in die Heimat zurückbefördert worden. Es gab 2400 Verwundete und 3500 Tote, 694 Mann und 70 Offiziere gerieten in Gefangenschaft.

## Aus In- und Ausland.

**Paris.** Nach eine Meldung aus Madrid versichert man in parlamentarischen Kreisen, Maura beabsichtige ernstlich, sich vom politischen Leben zurückzuziehen.

**Madrid.** Von Tetuan wird gemeldet, daß die Mauren den vorgeschobenen Posten von Beni Aros angegriffen haben. Der Kampf war erbittert und die Angreifer erlitten schwere Verluste.

# Die Zollgrenze am Rhein.

### Alle Gewalt dem Zollkomitee.

Die Entente-Rheinlandkommission hat nunmehr die Verordnung über die neuen Zollgrenzen erlassen. Danach verläuft die Zollgrenze gegen das unbesetzte Deutschland folgendermaßen:

Der Rhein von der holländischen Grenze bis nördlich Düsseldorf einschließlich Ruhrort und Duisburg; ein Brückenkopf bei Düsseldorf; der Brückenkopf Köln; der Rhein zwischen den Brückenköpfen Köln und Koblenz; die Brückenköpfe Koblenz und Mainz; der Rhein vom Brückenkopf Mainz bis zur elsässischen Grenze.

Bezüglich der Einfuhr wird folgendes bestimmt: Die Waren, welche über die hier bezeichnete Zollinie in das besetzte Gebiet eingeführt werden, unterliegen vorbehaltlich der vorgesehenen Ausnahmen einer Zollabgabe von 25 Prozent der Zölle, welche in dem gegenwärtig in Kraft befindlichen deutschen Zolltarif vorgesehen sind, und zwar berechnet in Gold.

Für die Ausfuhr heißt es: Die Waren, welche aus dem besetzten Gebiet über die bezeichnete Zollinie ausgeführt werden, unterliegen vorbehaltlich der Ausnahmen einem Ausfuhrzoll in Höhe der Zölle, welche in dem gegenwärtig in Kraft befindlichen deutschen Zolltarif für die nach Deutschland eingeführten Waren vorgesehen sind, aber berechnet in Papiermark. Für zollfreie Waren wird eine statistische Gebühr von einer Papiermark für jedes Gut oder Vieh erhoben. Für den internationalen Durchgangsverkehr für Waren, welche aus einem anderen Lande als Deutschland durch die besetzten Gebiete nach einem anderen Lande als Deutschland befördert werden, tritt keine Änderung ein.

Zur Regelung aller Zollfragen hat die Rheinlandkommission ein Organ geschaffen mit der Bezeichnung Zollkomitee, welches berechtigt ist, im Rahmen der Verfügungen Ausführungs- und Auslegungsbestimmungen zu erlassen. Dieses Zollkomitee hat Befehlsgewalt über das gesamte alliierte und deutsche Zollpersonal. Für Zuwiderhandlungen gegen die Verordnungen der Rheinlandkommission oder des Zollkomitees sind schwere Strafen vorgesehen, und zwar Geldstrafen bis zu 500 000 Mark und Gefängnis bis zu fünf Jahren, oder beide Strafen zusammen. Außerdem kann auf Einziehung der verbotswidrig ein- oder ausgeführten Waren erkannt werden. Die neuen Zollbestimmungen treten am 20. April in Kraft.

# Ex-Kaiser Karl und Frankreich.

### Heftige Stellungnahme Clemenceaus.

Der französische Journalist Sauerwein berichtet im „Matin" über eine Unterredung, die er mit Karl von Habsburg in Luzern hatte. Der König sagte, wie könne es in Frankreich Leute geben, die verkennten, was er habe tun wollen; weder in seinen Absichten noch in seinen Ansichten sei er jemals gegen die Interessen Frankreichs gewesen. Seit seiner Thronbesteigung bis zum Ende des Krieges habe er mit allen seinen Kräften den Frieden gesucht, der von Frankreich hätte angenommen werden können. Er sei von dem einen als Verräter bezeichnet und beleidigt worden, von den anderen aber beargwohnt mit der Behauptung, er treibe das Spiel eines Dritten. So unangenehm und so entmutigend auch diese Anklagen gewesen seien, er habe sich dadurch nicht abschrecken lassen. Sie kennen meine Anstrengungen nicht; die Regierung der Vereinigten Staaten kann Ihnen Zeugnis von ihrer Beharrlichkeit geben. Sauerwein erklärte, es handle sich bei dieser Anspielung um die Korrespondenz, die im Februar 1918 zwischen Präsident Wilson und Kaiser Karl ausgetauscht worden sei. Wochenlang habe dieser Meinungsaustausch zwischen ihm und Washington gedauert, und nur die heftige Stellungnahme Clemenceaus gegen Karl und die brutale Veröffentlichung des vertraulichen Briefes des Prinzen Sixtus Bourbon habe es Karl unmöglich gemacht, seine Anstrengungen fortzusetzen.

# Was die anderen sagen.

### Pressestimmen des Auslandes.

**Französische Kritik an Lloyd George.**

Man muß sich die Frage stellen, ob der englisch-russische Vertrag nicht darum so schnell auf die englische Konferenz gefolgt ist, damit die Folgen der Sanktionen abgeschwächt werden. Lloyd George wollte, was seine Inlandspolitik anlangte, die Oppositionsparteien zu Freunden machen, obwohl er sie zuvor in der deutschen Angelegenheit abgestoßen hatte. Was geht aus dieser „demokratischen" Politik hervor? Deutschland wird daraus schließen, daß Lloyd Georges Meinung umschlagen kann. Da der durch Krassin gezeichnete Vertrag das bolschewistische Rußland stärkt, hat Deutschland nun nicht das Recht zu sagen, daß es den Krieg im Osten gewonnen hat?

„Action française", Frankreich.

**Pariser Hetzereien.**

Morgen kann, durch die Schuld der Pazifisten, Deutschland wieder Viktoria krähen. Es leistete sich eine feststehende Politik, während die Entente gar keine hat, oder eine zweifelnde. Dr. Simons und der Reichstag wissen dies sehr gut und das gibt ihnen so viel Entschlossenheit, um nicht zu sagen — Frechheit.

„l'Eclair", Frankreich.

**Aufbauen, nicht zerstören!**

Die klügsten Ratgeber des Präsidenten Harding scheinen endlich die Logik der Situation begriffen zu haben. Man merke sich, daß sie nun nicht mehr sagen: „Wir wollen nichts mehr vom Völkerbunde wissen", sondern: „Wir wollen nicht mehr hören von dem von Versailles, von dem, auf den der Präsident Wilson seine Marke gedrückt hat und der uns von der Art zu sein scheint, daß er unsere Unabhängigkeit bedroht." Es wird sich also nicht darum handeln, zu zerstören, sondern aufzubauen; nicht zu vernichten, sondern zu verbessern. Und man wird wissen, worin die neue Formel zu bestehen hat.

„La Dépêche de Toulouse", Frankreich.

**Britisch-Indien rührt sich.**

„Ich glaube, daß wenn der jetzige Zustand fortdauert, die britische Regierung bald die Folgen bemerken wird, und zwar vor dem nächsten Oktober, so daß es ihr unmöglich wird, an der öffentlichen Meinung des Landes vorüberzugehen. Wir werden dann von der Errichtung des Swaraj (Selbstregierung) in Indien Zeugen sein."

„Daily Herald", England.

**Weg mit dem Versailler Frieden!**

Es ist nur ein Weg, der die Welt aus der Wildnis, in der sie umkommen muß, zurückführen kann. Es ist der Pfad, den Wilson vor drei Jahren angezeigt hat, und den sie damals zu beschreiten sich geweigert hat. Der Friede von Versailles muß weg. Der Oberste Rat muß weg. Der Völkerbund muß an ihre Stelle treten.

„Daily News", England.

**Holländisches Urteil über Polen.**

Es muß produziert werden so viel und so gut möglich, um den unnennbaren Schaden, den die Menschheit durch den Krieg erlitten hat, wieder gut zu machen, ihn einzuholen, beizuarbeiten. Und von diesem Standpunkt beschaut, kann niemand ruhig zusehen, wenn das für Erzeugung und Wiederherstellung so wichtige Gebiet Oberschlesiens zugesprochen wird. Das polnische Volk ist, das hat es in den letzten zwei Jahren doppelt und dreifach bewiesen, groß im Züchten von Ungeziefer und anverwandten Artikeln, aber klein, so bitter klein auf jedem andern Gebiet. Keiner der neugeschaffenen Staaten hat so enttäuscht als der polnische. Muß man einem derartigen Volke ein so wichtiges Gebiet der Erzeugung zuweisen? Es würde ein Schlag sein für ganz Europa. Dagegen haben die Deutschen dieses Land zu dem gemacht, was es geworden ist, durch ihren guten Schulunterricht, ihr Organisationstalent, ihren Mut und ihre Kenntnis auf dem Gebiete des Handels, der Industrie und des Verkehrswesens usw.

„Haagsche Post", Holland.

# 7. öffentliche Stadtgemeinderatssitzung

(Nichtamtlicher Bericht vom 7. April 1921, abends 7 Uhr).

Zu dieser Sitzung war das Kollegium vollzählig vertreten; auf der Tagesordnung standen 17 Punkte zur Verhandlung, von denen nur solche von besonderer Wichtigkeit an dieser Stelle bekanntgegeben werden.

Der Vorsitzende gab Mitteilung über Bewilligung eines Zuschusses aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge für Straßenbauten, wonach 4000 Mk. das Reich trägt und 20000 Mk. auf die Gemeinde entfallen.

Wie schon so oft, hatte sich auch diesmal wieder der Stadtgemeinderat mit einer Anzahl Ausnahmebewilligungsgesuchen von Ausländern zu beschäftigen, die um ihren Aufenthalt in der Stadt Naunhof nachsuchten. Hierüber wurde je nach den Verhältnissen Entschließung gefaßt. Es sei aber hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß solchen Sommerfrischlern, die Ausländer sind, im Höchstfalle nur ein 14tägiger Erholungsaufenthalt in unserer Stadt gewährt werden kann. Ausnahmegesuche wegen Verlängerung müßten grundsätzlich zurückgewiesen werden. Es wurde dabei gleichzeitig die Frage aufgeworfen, ob man gewillt sei, Naunhof als Luftkurort zu heben, oder Steuerzahler heranzuziehen? Hierüber war man geteilter Meinung. Die eine Partei entschied sich für Aufnahme von Sommerfrischlern, während die andere Partei in Anbetracht der herrschenden Wohnungsnot die Unterbringung der vielen Wohnungslosen ins Auge faßte, für die man zuerst sorgen müsse. Dabei wurden Hausbesitzer namhaft gemacht, die da noch immer Glauben machen wollen, ihre Existenz hänge von der Sommerwohnung-Vermietung ab, wieder andere behaupten, soviel Möbel zu haben, daß sie keine Wohnung entbehren könnten. — Die Verhältnisse der Zwileinquartierung, in die sich die Vermieter gutwillig finden sollten, ehe es zu Klagen bei dem Mieteinigungsamte kommt, lassen sich einmal nicht ändern und wenn solche „hartleibige" Hausbesitzer menschliches Empfinden für die Wohnungslosen haben würden, so würde dies für unsere Stadt einen günstigen Einfluß ausüben.

Kenntnis genommen wurde von dem Ergebnis der Ermittelungen über Verlängerung der geplanten staatlichen Kraftwagenlinie Leipzig—Probstheida—Liebertwolkwitz—Großpösna nach Naunhof. Die Gemeinden Großpösna, Fuchshain, Threna, die von dem Kraftwagenverkehr berührt werden, lehnen wegen der ganz erheblichen Wegebaukosten die Sache ab, während Seifertshain überhaupt kein Interesse dafür hat.

Eine außerordentlich umfangreiche Tagesordnung hatte der Bauausschuß erledigt und zur Genehmigung vorgelegt. Es sei nur einiges herausgegriffen: Zunächst handelte es sich um die Vergebung einzelner Arbeiten und Lieferungen für die hiesigen Kleinwohnungsbauten. Dabei wurde seitens eines Mitgliedes gewünscht, es möchte der Bauausschuß nicht nur hiesige Gewerbetreibende mit der Ausführung der Arbeiten betrauen, sondern dafür sorgen, daß diese auch die benötigten Materialien, soweit als irgend möglich von Naunhofer Händlern und Fabrikanten bezögen. Das wurde jedoch abgelehnt. Der Ausschuß hat einmal einen solchen Versuch gemacht, ist dabei aber auf den Widerstand der hiesigen Handwerker gestoßen. Seitens des Herrn Bürgermeisters wurde betont, die Handwerker müßten eben selbst soviel Lokalpatriotismus haben, daß sie im Orte kauften. Der Ausschuß ist der Meinung, richtig gehandelt zu haben. (Hier erzieherisch zu wirken, wäre eine Aufgabe für den Gewerbeverband in Verbindung mit der Vereinsbank. D. R.)

Weiter unterhielt man sich über die Notwendigkeit der Erneuerung der Abortanlagen im Rathaus und in der Schule. Für das Rathaus würden ca. 26000 Mk. Kosten entstehen. Ueber die Höhe der Kosten in der Schule wurde in letzter Nummer bereits berichtet.

Um bei etwaigen künftigen Bauunterstützungen einen Anteil zu erhalten, war vorsichtshalber ein Projekt über eine größere Anzahl Kleinwohnungsbauten von neuem eingereicht worden. Ob für dieses Jahr überhaupt ein neuer Zuschuß zu erwarten ist, steht dahin. In Frage würden wohl höchstens 4—5 Doppelhäuser mit etwa 20 Wohnungen kommen. Aber auch über dieses Projekt soll der Finanzausschuß erst noch einmal eingehend beraten, da das Unterstützungsverfahren inzwischen geändert wurde und zwar in einem für die Gemeinden wenig günstigen Sinne. Man würde zwar eine Anzahl neue Wohnungen schaffen, aber sich dafür eine derartig hohe Schuldenlast aufbürden, daß der Vorteil schwerlich mehr im richtigen Verhältnis zum Risiko stünde.

Wie aus den Beschlüssen des Beschleusungsausschusses zu ersehen, ist die Rechnung des Herrn Steyer, welche im Herbst 1919 auf 20000 Mk. veranschlagt war, eine ganz bedeutend höhere geworden, da die Materialpreise und Stundenlöhne erheblich gestiegen seien. Die Rechnung beläuft sich auf rund 50000 Mk., obwohl bereits 23000 Mk. von seiner Rechnung gestrichen worden sind.

Der Verfassungsausschuß hatte sich wieder einmal mit Besoldungs- und Rangfragen zu befassen gehabt, da die von ihm im vorigen Jahre vorgenommene Regelung nicht den Beifall der Beamten gefunden hat, die genau so wie die Staatsbeamten eingereiht zu werden wünschen. Ein Beschluß konnte wegen der Kürze der Zeit noch nicht gefaßt werden. Ferner empfahl der Ausschuß die Annahme eines Nachtrages zum Ortsgesetz über die Wertzuwachssteuer, der debattelos einstimmig angenommen wurde. Es handelt sich um einen Regierungsentwurf, der verschiedene Aenderungen des Veranlagungsverfahrens und der Steuersätze bringt. Die Steuer selbst wird etwas erhöht, allerdings meist nur bei Grundstücken, die nicht länger als 5 Jahre im Besitze des Verkäufers waren. Da, wie erwähnt wurde, das Reichseinkommensteuergesetz in seiner neuesten Fassung solche einmalige Gewinne aus Verkäufen einkommensteuerfrei läßt, wird der Verkäufer auch nicht höher belastet als bisher, nur die Gemeinde steht sich besser, da die Verteilung für sie günstiger wird.

Nunmehr hat man dem Fürsorgeausschuß die Ermächtigung erteilt, selbständige Entschließung in Armensachen zu fassen, z. B. Bewilligung von Unterstützungen usw.

Obwohl jetzt eine Neuwahl der sämtlichen Ausschüsse zu erfolgen hätte, beschloß man, deren Amtsdauer zu verlängern, da verordnungsgemäß im November d. Js. eine Neuwahl sämtlicher Gemeinderatsvertreter in Sachen vorzunehmen ist. P—ke.